STUTTGART

SPD

WOHNEN MUSS BEZAHLBAR BLEIBEN

STUTTGART IST FÜR ALLE DA

Stadtluft macht in Stuttgart arm. Wir erleben in bestimmten Stadtbezirken einen Verdrängungswettbewerb, der mittlerweile auch die Mittelschicht erreicht hat. Dies hat Folgen: Familien, Alleinerziehende oder dringend benötigte ArbeitnehmerInnen, wie Krankenschwester und Krankenpfleger oder ErzieherInnen, ziehen ins Umland oder nehmen erst gar nicht einen Arbeitsplatz in Stuttgart an. Die Wohnungsnot ist nicht nur ein soziales, es ist für die Landeshauptstadt auch ein infrastrukturelles und ökonomisches Problem.

Dabei ist die Wohnungsnot ein sektorales Phänomen. Im Luxussegment ist sie nicht vorhanden. Deshalb ist es Aufgabe der Stadt sich insbesondere um preiswerten Wohnraum zu kümmern. Die Quittung der verfehlten Förderung zahlen Menschen, die es ohnehin schwer haben, auf dem Markt eine bezahlbare Wohnung zu finden. Zudem sind die Nebenkosten in den vergangenen Jahren bei Gas und Heizöl stark angestiegen.

Deshalb setzt sich die SPD in Stuttgart für eine lebenswerte Stadt für alle ein.

- **Ausreichendes Wohnungsangebot:** Die Stadt sorgt für ein ausreichendes und bezahlbares sowie den unterschiedlichen Bedürfnissen von Menschen entsprechendes Wohnangebot, das auch einkommensschwache Haushalte erreicht. Deshalb muss der Bau von 1.800 Wohnungen pro Jahr das Ziel sein.
- **Eine soziale Stuttgarter Wohnungsgesellschaft:** Die SWSG-Mieten müssen nach energetischer Modernisierung bezahlbar bleiben und dürfen deshalb nicht um mehr als 10% erhöht werden. 60% Mietsteigerungen wird es mit der SPD nicht mehr geben. Die SWSG muss von der Politik gestärkt werden, damit sie ihren sozialen Auftrag wieder wahrnehmen kann.
- **Wohnbauoffensive der Stadt:** Beginnend bei einem Bündnis für Wohnraum ist eine aktive Baulandpolitik notwendig. Zudem müssen auslaufende Bindungen durch Nachsubventionierungen verlängert werden. Darüber hinaus muss die Stadt beim Land die Einführung des Zweckentfremdungsverbots und die 10jährige Kündigungssperrfrist bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen beantragen.
- **Besonderer Schutz der LBBW-Mieter:** Wir kritisieren die Entscheidung des Aufsichtsrates der LBBW zum Verkauf ihren 21.000 Wohnungen an den Immobilieninvestor Patrizia. Die Erhaltungssatzung für das Nordbahnhofviertel ist deshalb sinnvoll und notwendig und wurde von uns unverzüglich beantragt. Erhaltungssatzungen sind im Sinne des Mieterschutzes gezielt einzusetzen.

Hierfür werden wir uns in der Landeshauptstadt einsetzen.

Ihre SPD Stuttgart

V.i.S.d.P.: SPD Stuttgart, Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

WOHNEN MUSS BEZAHLBAR BLEIBEN

UNSERE STÄDTE SIND FÜR ALLE DA

In vielen Städten werden bezahlbare Wohnungen knapp. Familien, vor allem Alleinerziehende, ältere Menschen und Studierende finden in Innenstädten kaum noch Wohnungen, die sie sich leisten können. Viele Hausbesitzer nutzen Auszüge für drastische Mieterhöhungen. Zusätzlich steigen Strom- und Heizkosten. Die Gefahr droht, dass immer mehr Menschen mit kleinen Einkommen aus den Innenstädten verdrängt werden.

Die SPD will diese Entwicklung stoppen. Denn unsere Städte sind mehr als Stein und Beton. Wir wollen, dass in den Städten Menschen verschiedener Herkunft, verschiedenen Alters und aus unterschiedlichen sozialen Schichten zusammenleben können. Wir wollen lebendige, bunte, moderne Städte und nicht Städte, die in reiche Viertel mit Luxuswohnungen und arme Vorstädte mit sozialen Verwerfungen zerfallen.

Deshalb setzt sich die SPD für lebendige Städte ein, in denen alle Menschen leben können.

- **Die Mieten müssen bezahlbar bleiben.** Nicht nur bestehende Mieten sondern auch Neumieten müssen begrenzt werden. Bei Neuvermietungen darf die Miete nicht höher als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Bestandsmieten dürfen nicht mehr als 15 Prozent innerhalb von vier Jahren steigen. Sanierungsmaßnahmen dürfen keine überzogenen Mieterhöhungen zur Folge haben.
- **Bündnis für bezahlbares Wohnen:** Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam mit den Ländern, Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden sowie der Bau- und Wohnungswirtschaft ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ auf den Weg bringen.
- **Für die Beauftragung von Maklern muss gelten: Wer bestellt, zahlt auch.** Maklergebühren dürfen nicht mehr auf die Mieter umgelegt werden, wenn der Makler vom Wohnungsbesitzer beauftragt wurde.
- **Genossenschaften stärken.** Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsunternehmen in kommunaler Hand sind für uns Sozialdemokraten ein Garant für gute Wohnungen zu bezahlbaren Mieten.
- **Geringverdiener entlasten.** Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld, den die Merkel-Regierung gestrichen hat, wieder einführen.

Hierfür werden wir uns im Bund einsetzen.

Ute Kumpf MdB Ute Vogt MdB Nicolas Schäfstoß